

Längst nicht alles gesagt

In zehn Studien und einem Schlussbericht sind die Beziehungen der Schweiz zum früheren Apartheid-Regime in Südafrika untersucht worden. Doch die offizielle Schweiz tut sich weiterhin schwer mit Einsichten in ihr Fehlverhalten.

Die Aktion Finanzplatz Schweiz hat sich seit ihrer Gründung 1978 mit dem Thema Schweiz-Südafrika beschäftigt. Generationen von AFP-MitarbeiterInnen haben recherchiert, Fragen gestellt, publiziert, Kampagnen mitgetragen, demonstriert, um die Zusammenarbeit der Schweiz mit dem menschenverachtenden Regime in Pretoria beenden zu helfen.

Die Studien des Nationalen Forschungsprogramms 42+ präsentieren nun neue Resultate, die schlimmste Vermutungen bestätigen, lassen aber weiterhin Lücken. Noch längst nicht alles ist gesagt. Deshalb legen wir eine erweiterte Ausgabe der *Finanzplatz Informationen* vor, mit Einschätzungen, Korrekturen und Ergänzungen zu zentralen Fragen, die das Selbstverständnis einer demokratischen Schweiz betreffen.

Die Recherchiergruppe Schweiz-Südafrika, die in den letzten Jahren massgeblich kritische Forschungen zum Thema vorangetrieben hat, hat zum Abschluss des Nationalfondsprogramms und zu den vorgelegten Studien Stellung genommen. Sie hält fest, dass der Bundesrat nicht Wort gehalten habe, eine «möglichst breite Quellenbasis und eine tatsächengerechte Klärung der schweizerisch-südafrikanischen Beziehung» herbeizuführen. Im Gegenteil: «Der Bundesrat hat die Forschung massiv eingeschränkt und die Resultate zensurieren lassen. Die Zensur hatte zum Ziel, die Grossbanken und –unternehmen, die Nationalbank, das seco, das EFD und den Bundesrat als Regierung vor der Veröffentlichung der Fakten zu schützen. Brisante Erkenntnisse kamen teilweise nur zu Stande, weil diesbezügliche Dokumente in südafrikanischen Archiven eingesehen werden konnten.»

Die Recherchiergruppe kritisiert zahlreiche Punkte bei den Rahmenbedingungen der Studien, bei deren Durchführung sowie der mangelnden Herstellung von Öffentlichkeit. So sei das Nationalforschungsprogramm grundsätzlich zu mager dotiert gewesen; die öffentlichen

Archive seien nicht vollständig geöffnet worden und Firmenarchive vollkommen geschlossen geblieben; die Mitarbeit südafrikanischer ForscherInnen war von vornherein ausgeschlossen; die Berichte wurden vor Veröffentlichung von den Bundesstellen zensuriert, und einige Berichte sind gar nicht öffentlich zugänglich.

Deshalb erhebt die Recherchiergruppe eine Reihe von Forderungen:

- die Durchführung des Nationalen Forschungsprogramms, wie es anfänglich vom Bundesrat in Auftrag geben und vom Nationalfonds präzisiert wurde. Insbesondere müssen die Wirtschaftsbeziehungen der Schweiz mit Südafrika untersucht werden.
- genaue Auskunft von den Verantwortlichen des Forschungsprogramms über das Ausmass der Zensur, insbesondere auch bezüglich des Schlussberichts.
- eine Stellungnahme des Bundesrates und des Parlaments zur Zensur und zu den Resultaten der NFP 42+-Studien.
- die Veröffentlichung zentraler, mehrfach erwähnter und zitierter Dokumente.
- ein Gesetz, das den freien Zugang zu Informationen und die Forschungsfreiheit gewährleistet, ähnlich wie es in andern Ländern auch existiert.

Laut Recherchiergruppe betrachten die Behörden die Tatsache, ob Grossbanken und – unternehmen Diktaturen Vorschub leisten, offensichtlich als schützenswerte Privatsache. Entsprechend habe der Bundesrat dem Druck der Schweizerischen Bankiervereinigung und der economiesuisse unzulässig nachgegeben. «Der Bundesrat und die zuständigen Bundesämter setzen exakt jene Politik fort, die sie schon während der ganzen Apartheidzeit praktizierten. Scheinargumente werden vorgeschoben, Fakten vertuscht oder der Öffentlichkeit vorenthalten. Das heisse Thema ‚Beziehungen zur Apartheid‘ zeigt, wie wenig sich unsere Regierung elementaren demokratischen Prinzipien verpflichtet fühlt, zu denen auch Forschungsfreiheit und öffentliche Rechenschaftspflichten gehören.»

Die vollständige Pressemitteilung findet sich auf www.apartheid-reparations.ch